

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderates der Stadt Lörrach
am Donnerstag, den 23.01.2014

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeisterin Heute-Bluhm als Vorsitzende Bürgermeister Dr. Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Berg, Böhringer, Brogle, Bühler, Claassen, Cyperrek, Denzer, Escher, Ferger, Gula, Heuer, Hirt Jaenisch, Krämer, Krauel (bis 19.17 Uhr), Kurfeß, Lacher, Matt, Obrecht, Prof. Dr. Paul, Perinelli, Piorr, Roßkopf, Salinas de Huber, Schlecht (bis 19.17 Uhr), Simon bis 17.55 Uhr und ab 18.30 Uhr), Vogel, Vollmer, Wernthaler
Entschuldigt:	Höfler, Lusche und Schmolinske
Ferner:	Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Eigenbetriebsleiter Kleinmagd (bis 18.17 Uhr) Fachbereichsleiter Bühler ((bis 18.17 Uhr) Fachbereichsleiter Schwenzer Geschäftsführerin Ziegler-Jung Stellv. Fachbereichsleiter Adams
Urkundspersonen:	Stadträte Hirt und Matt
Schriftführer:	Herr Funk
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	19.20 Uhr

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Klasse 8 der Freien Evangelischen Schule und eröffnet die Sitzung.

TOP 1

Bildung des Gemeindevwahlausschusses für die Gemeinderatswahl, die Kreistagswahl und die Ortschaftsratswahl am 25. Mai 2014 (Vorlage 0008/2014)

Nach der Feststellung, dass kein Gemeinderat befangen ist, beschließt das Gremium ohne weitere Diskussion einstimmig (bei 2 Enthaltungen):

Gemäß § 11 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz werden folgende Personen in den Gemeindevwahlausschuss gewählt:

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Dr. Michael Wilke

Stellv. Vorsitzender: Herr Stadtamtsrat Karlheinz Huber

Beisitzer:
Frau Angelika Bauer
Frau Gaby Schupp
Herr Werner Lacher
Herr Wolfgang Krämer

Stellvertretende Beisitzer: Frau Maria von Choltitz
Herr Michael Pilgermayer
Herr Andreas Seiter
Frau Ursula Vollmer

TOP 2

Beteiligungsbericht 2012 (Vorlage 0196/2013)

Die Vorsitzende führt kurz in die Vorlage ein und eröffnet die Diskussion:

Stadtrat Krämer sieht im vorliegenden Bericht die Fortführung einer guten Tradition. Er dankt dem Fachbereich Finanzen für die gute Arbeit und drückt die Anerkennung seiner Fraktion aus. Der Bericht zeige keine gravierenden Änderungen auf, weshalb er nun dankbar zur Kenntnis genommen werde.

Stadträtin Cyperrek bringt zum Ausdruck, dass ihre Fraktion den Bericht interessiert zur Kenntnis genommen habe. Es gebe jedoch anzumerken, dass die Beteiligungen darauf

überprüft werden sollten, ob sie noch sinnvoll sind. Es werde weiter angeregt, die Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder aufzuführen.

Der Beteiligungsbericht sei in gutes Nachschlagewerk, meint Stadträtin Kurfeß und sei kurz und prägnant. Sie rege an, bei Innocel künftig vermehrt auf das Thema Jugend und Technik einzugehen und deren Förderung in die Innocel-Ziele aufzunehmen.

Stadtrat Lacher dankt namens seiner Fraktion für die umfangreiche Arbeit. Die Daten über die verschiedenen Beteiligungen seien wichtig für den Gemeinderat. Ohne den Bericht sei es nicht möglich, einen Überblick über die unternehmerische Tätigkeit der Stadt zu erhalten.

Er rege an, den Bericht künftig auch den Ortschaftsräten zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Matt bringt den Dank seiner Fraktion ebenfalls zum Ausdruck. Fachbereichsleiter Kleinmagd antwortet auf seine Frage, dass die Stadt an der Elektrizitätsgenossenschaft Hauingen keinen Anteil mehr habe. Die dargestellte Beteiligung (S. 4 des Berichts) beziehe sich auf den 31.12.2012.

Die Vorsitzende nimmt die Anregung von Stadtrat Lacher auf und sagt zu, den Beteiligungsbericht auch den Ortschaftsräten zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls aufgenommen werde die Anregung zum Thema Jugend und Technik bei Innocel. Explizit wäre Jugendförderung eine neue Aufgabe für Innocel und bedeute dann auch eine Gesellschaftsvertragsänderung.

Sie führt weiter aus, dass die Aufsichtsräte über die Auswahl der Abschlussprüfer entscheiden und dies nicht Aufgabe der Gesellschafterin Stadt sei. Eine Überprüfung in dieser Richtung könne jedoch bei der Burghof GmbH erfolgen.

Stadtrat Perinelli weist auf einen hohen Schuldenstand und daraus folgend hohe Zinsen bei den Eigenbetrieben hin.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass man Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt folge. Den Bürgen entstehe letztlich keine Mehrbelastung.

Der Gemeinderat nimmt vom Beteiligungsbericht 2012 Kenntnis.

TOP 3

**Bericht über die Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012
(Vorlage 0199/2013)**

TOP 4

**Eröffnungsbilanz der Stadt Lörrach zum 01.01.2012
(Vorlage 0198/2013)**

Die Tagesordnungspunkte werden zusammen behandelt und entschieden.

Die Vorsitzende erklärt einfühend, dass es das Bestreben gewesen sei, eine Bilanz zu entwickeln, die den Anforderungen der Kommunalaufsicht entspricht. An der Arbeit der

Fachbereiche Finanzen und Rechnungsprüfung sei positiv, dass sich beide Bereiche gleichzeitig und gemeinsam mit gegenseitigem Vertrauen auf den Weg gemacht hätten.

Fachbereichsleiter Kleinmagd erläutert, dass man 4 Jahre an der Vermögensbewertung als Grundlage der Eröffnungsbilanz gearbeitet habe. Sie sei sehr arbeitsintensiv gewesen. Die Eröffnungsbilanz sei aus Sicht der Gemeindeprüfungsanstalt richtig. Hervorzuheben sei der hohe Eigenkapitalanteil von 77 % und der hohe Anteil an Sachvermögen. Hier sei festzustellen, dass der Spielraum zur Bewertung des Sachvermögens sehr gering sei. Insgesamt handle es sich um eine solide Bilanz.

Fachbereichsleiter Bühler bestätigt die gute Zusammenarbeit. Die Prüfung seines Fachbereichs sei begleitend gewesen, man habe von Anfang an mitgewirkt. Zu bearbeitende Themen seien aufgegriffen und in die Eröffnungsbilanz eingearbeitet worden wobei man hoffe, nichts Wesentliches übersehen zu haben. Letztlich sei festzustellen, dass zu keinem Zeitpunkt eine Art von „Bilanzkosmetik“ betrieben worden ist.

Stadtrat Krämer dankt den beiden Fachbereichen für ihre Arbeit, die, strategisch gesehen, schon im Vorfeld richtig gemacht worden sei. Bewertungsgrundsätze seien dazu da, vernünftige Lösungen zu finden. Auf die Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gemeindeprüfungsanstalt eingehend meint er, dass diese ihre Richtlinien, die empfehlenden Charakter hätten, jederzeit ändern könnten.

Das ausgewiesene Vermögen dürfe nicht dazu verleiten, die Schuldenaufnahme danach auszurichten.

Beim Haushalt 2012 sei die Umstellung auf das neue Recht (NKHR) gelungen, meint Stadtrat Schlecht. Man habe bisher keine Erfahrungen mit Eröffnungsbilanzen machen können. Das Vermögen sei erstmals zahlenmäßig festgelegt, wobei es immer Spielräume nach oben oder unten gebe. Er hoffe, dass hier weder unter- noch überbewertet worden ist. Die Eigenkapitalquote von 77 % sei bemerkenswert. Lörrach könne in seiner Bilanzierung Vorreiter sein.

Die Eigenprüfung sei positiv verlaufen. Es werde abgewartet werden müssen, wie sich die Sache nach Prüfung durch die GPA darstellt. Die SPD-Fraktion werde beiden Beschlussvorlagen (TOP 3 und 4) zustimmen.

Die Fraktion der GRÜNEN werde beiden Vorlagen ebenfalls zustimmen, kündigt Stadträtin Kurfeß an. Der Gemeinderat habe die Umstellung auf das neue NKHR begleitet. Am städtischen Vermögen von

243 Mio. EUR sei jeder Bürger mit rund 5.000 EUR beteiligt. Das Vermögen sei reell geschätzt worden. Es gebe eine hohe Eigenkapital-Quote und gleichzeitig sei es möglich gewesen, die Abschreibungen zu erwirtschaften. Das städtische Vermögen solle für die Zukunft erhalten werden.

Stadtrat Lacher empfindet die Vermögenshöhe von 243 Mio. EUR als niedrig. Er sei immer der Meinung gewesen, die Stadt habe höhere Vermögenswerte. Allerdings seien

die Eigenbetriebe mit einem Vermögen von 110 Mio. EUR nicht enthalten. Wenn man deren Verschuldung mit 75 Mio. EUR gegenüber stelle, sei die Situation eine andere – man wäre doch nicht so arm.

Die Eröffnungsbilanz sei Ausgangslage für die finanzielle Zukunft der Stadt. Deshalb sei es wichtig gewesen, was zu Grunde gelegt worden ist.

Stadtrat Perinelli dankt den Fachbereichen. Er nehme an, dass Straßen und Plätze niedrig bewertet worden sind. Wenn diese einmal saniert werden müssten, müsse man andere Abschreibungen in Anspruch nehmen.

Fachbereichsleiter Kleinmagd entgegnet, dass Straßen und Plätze mit den Werten berücksichtigt worden sind, mit denen sie in den Büchern der Stadt festgehalten sind. Man müsse aber sehen, dass die Verkehrsflächen oft schon sehr alt sind.

Die städt. Eigenbetriebe seien mit ihrem Saldo in der Eröffnungsbilanz enthalten. Auf den Hinweis Stadtrat Lachers auf die getrennte Bilanzierung von Stadt und Eigenbetrieben eingehend meint er, dass ab dem Jahr 2022 eine Konzernbilanz vorgeschrieben sei.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig (1 Enthaltung):

Zu TOP 3:

Der Bericht über die Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 4:

Der Gemeinderat stellt die Eröffnungsbilanz der Stadt Lörrach zum 01.01.2012 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 243.259.578,16 Euro fest.

Vor der Behandlung der weiteren Tagesordnungspunkte erläutert Bürgermeister Dr. Wilke, dass die getrennte Vorlagenerstellung von Bebauungsplänen und Veränderungssperren auf einer Gerichtsentscheidung beruhe. Über die Vorlagen werde zusammen abgestimmt.

Auf Abfrage stellt die Vorsitzende fest, dass bei der Behandlung der Tagesordnungspunkte 5 bis 10 kein Gemeinderat befangen ist.

TOP 5

Bebauungsplan „Südlich Teichstraße - Änderung 1“

- Bericht über die Durchführung der frühzeitiges Beteiligungsverfahren

- Beschluss über die Offenlage nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

(Vorlage 0192/2013)

TOP 6

Veränderungssperre „Südlich Teichstraße - Änderung 1“,

Verlängerung der Geltungsdauer um 1 Jahr

(Vorlage 0193/2013)

Nach Wortmeldungen durch die Stadträte Böhringer, Heuer, Kurfeß und Lacher beschließt der Gemeinderat einstimmig:

Zu TOP 5

1. Vom Bericht der Verwaltung über die frühzeitigen Beteiligungsverfahren wird Kenntnis genommen.
2. Dem Entwurf zur Bebauungsplanänderung „Südlich Teichstraße – Änderung 1“ einschließlich Begründung wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Zu TOP 6

Zur Sicherung des Bebauungsplanverfahrens „Südlich Teichstraße - Änderung 1“ wird für den Geltungsbereich die am 24. Februar 2012 bekannt gemachte Veränderungssperre gemäß § 17 BauGB um ein Jahr verlängert.

TOP 7

Bebauungsplan „Tumringerstr. Spitalstr. Teilfläche - Änderung 1“

- Bericht über die Durchführung der frühzeitiges Beteiligungsverfahren

- Beschluss über die Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB

(Vorlage 0194/2013)

TOP 8

Veränderungssperre „Tumringerstr. Spitalstr. Teilfläche - Änderung 1“,

Verlängerung der Geltungsdauer um 1 Jahr

(Vorlage 0195/2013)

Der Gemeinderat beschließt ohne Wortmeldungen:

Zu TOP 7:

1. Vom Bericht der Verwaltung über die frühzeitigen Beteiligungsverfahren wird Kenntnis genommen.
2. Dem Entwurf zur Bebauungsplanänderung „Südlich Tumringerstr. Spitalstr. Teilfläche – Änderung 1“ einschließlich Begründung wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Zu TOP 8:

Zur Sicherung des Bebauungsplanverfahrens „Tumringerstr. Spitalstr. Teilfläche - Änderung 1“ wird für den Geltungsbereich die am 23. März 2012 bekannt gemachte Veränderungssperre gemäß § 17 BauGB um ein Jahr verlängert.

TOP 9

Aufstellungsbeschluss Einfacher Bebauungsplan „Adlergäßchen / Bahnhofstraße“ (Vorlage 0005/2014)

TOP 10

Einfacher Bebauungsplan „Adlergäßchen / Bahnhofstraße“ - Veränderungssperre (Vorlage 0006/2014)

Nach einer Wortmeldung durch Stadtrat Böhringer beschließt der Gemeinderat einstimmig:

Zu TOP 9:

1. Für das Gebiet „Adlergäßchen / Bahnhofstraße“ ist entsprechend des umgrenzten Bereichs gemäß Lageplan ein einfacher Bebauungsplan mit Örtlichen Bauvorschriften aufzustellen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB öffentlich zu unterrichten und die frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Zu TOP 10:

1. Für das Gebiet „Adlergäßchen / Bahnhofstraße“ wird eine Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB (Anlage 2) beschlossen.
2. Die Veränderungssperre ist ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 11

Annahme/Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnl. Zuwendungen gem. § 78 Abs. 4 GemO im Dezember 2013 und Januar 2014 (Vorlage 0007/2014)

Der Gemeinderat beschließt nach einer Wortmeldung durch Stadtrat Lacher (Spende für Neujahrsempfang Brombach) einstimmig:

Der Annahme bzw. Vermittlung der dargestellten Zuwendungen wird zugestimmt.

TOP 12

Bekanntgaben

Keine Bekanntgaben.

TOP 13

Allgemeine Anfragen

1. TonArt

Stadtrat Lacher fragt, ob und wo in der Presse kürzlich erhobene Vorwürfe gerechtfertigt sind.

Die Vorsitzende führt hierzu aus:

Es handle sich hierbei um die persönliche Meinung eines Fachlehrers, veröffentlicht im Jahrbuch des Hans-Thoma-Gymnasiums. Es handle sich deshalb um die Wertung eines Einzelnen.

Bürgermeister Dr. Wilke ergänzt, dass die erhobenen Vorwürfe nicht nachvollziehbar seien. Die Lehrer und die Schulen seien bei der Planung intensiv eingebunden worden. Die Zusammenarbeit von Hans-Thoma-Gymnasium und Hebelgymnasium sei in dieser Zeit gewachsen. Direktor Bernnat habe von „Kinderkrankheiten“ gesprochen, welche aber normal seien und abgestellt werden können. Beim TonArt-Gebäude handle es sich um eine hochtechnische Anlage und nicht um eine „Kiste“. Die Planung und die Erstellung des Gebäudes mussten allen Vorgaben des Baurechts, des Brandschutzes und auch Aspekte der Inklusion entsprechen. Die Nachbesserungen (zwei zusätzliche Fluchtwege) seien die Folge einer Neubewertung des Regierungspräsidiums nach den Vorfällen in Weil am Rhein und Titisee-Neustadt gewesen.

Die Vorsitzende führt weiter aus, dass die Funktionsfähigkeit von Anfang an gewährleistet war. Es müsse zwischen Architektur und Brandschutz unterschieden werden. Sie erinnere an die vielen Sitzungen, auch mit den schulischen Beteiligten, die zu jedem Zeitpunkt eingebunden waren und wobei in allen Fragen letztlich Kompromisse erzielt werden konnten.

Stadtrat Heuer regt an, dass sich der Ausschuss für Umwelt und Technik vor Ort ein Bild macht und hierfür eine Besichtigung terminiert wird.

2. Verkaufsrichtlinien für Grundstücke

Stadtrat Schlecht ist der Auffassung, dass die Verkaufsrichtlinien auf den Prüfstand gestellt werden müssten, wobei festgehalten werden solle, dass beim Verkauf an Privatleute nicht der höchste Profit erzielt werden solle.

Die Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass die Richtlinien auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses zustande kamen. Es habe in der Vergangenheit keine Konflikte gegeben, da die die Verwaltung nur dort an die Richtlinien gebunden ist, wo seitens der Gremien keine konkreten Beschlüsse gefasst werden. Es könnten deshalb im Einzelfall (z.B. auch im Plangebiet „Belist“) Vorfestlegungen, etwa beim sozialen Wohnungsbau, getroffen werden. Dies sei sachgerechter als Richtlinien zu ändern und immer wieder grundlegende Festlegungen zu treffen. Es könne im Gemeinderat eine Diskussion darüber erfolgen, zu welchem Zweck ein Baugebiet ausgewiesen wird und hierzu geprüft wird, ob die Richtlinien angewandt werden.

Bürgermeister Dr. Wilke weist darauf hin, dass im Falle „Belist“ gewerbliche Grundstücke ausgeschlossen sind. Der Beschluss des Gemeinderats aus dem Jahr 2002 greife so lange im Einzelfall keine andere Festlegungen durch den Gemeinderat getroffen werden. Familien mit Kinder hätten durchaus besonderen Förderbedarf. Änderungen im Bereich der Richtlinien könnten jedoch im Rahmen des Projekts Kommunalen Wohnraum diskutiert werden.

3. Wohnhäuser an der Straße „Am Buchenrain“

Stadträtin Gula bittet zu prüfen, wie im Hinblick auf die Richtlinien die Grundstücke dort behandelt worden sind.

4. Bahnhöfe in Lörrach

Stadträtin Brogle weist auf die bekannt „Vermüllung“ der Bahnhöfe, insbesondere des Hauptbahnhofs hin und bittet die Verwaltung, auf die Bahn einzuwirken.

Die Vorsitzende erwidert, dass demnächst ein Gespräch mit der Bahn stattfindet und dort das Problem angesprochen werden könnte. Sie bitte, hierzu vorhandene Fotodokumente zur Verfügung zu stellen.

5. Stiftungspreis „Lebendigste Erinnerungsstadt“

Stadträtin Vollmer erklärt, dass sich Lörrach in Bezug auf „Erinnerung“ sehen lassen und sich für den Preis bewerben könne.

Die Vorsitzende möchte die Anregung mitnehmen und über das Ergebnis der Einschätzung zum Bewerbungserfolg berichten.

6. Autoreisezug

Stadträtin Cyperrek möchte nach Kenntnis des Schreibens der DB Bahn vom 5. Dezember 2013 und der Stadt vom 9. Januar 2014 das Thema Autoreisezug in einer der nächsten Sitzungen des Gemeinderats diskutieren und kündigt hierzu einen Antrag an, um offene Fragen klären zu können.

Stadtrat Böhringer sieht ebenfalls erheblichen Diskussionsbedarf.

Die Vorsitzende erklärt, dass bei der Diskussion des Masterplans (Sitzung des Gemeinderats am 21. März 2014) dafür Gelegenheit sei. Das Thema werde zu diesem Anlass aufbereitet werden. Sie sagt auf Bitten von Stadtrat Claassen zu, das städtische Schreiben zu überlassen (an Fraktionen übersandt).

7. Glasfasernetz

Stadtrat Denzer bittet, dass sich die Stadt für die Verbesserung (Ausweitung) des Glasfasernetzes auf bisher nicht berücksichtigte Stadtteile einsetzt.

TOP 14

Fragestunde der Bürger

Keine Bürgerfragen.

TOP 15

Offenlegungen

Keine Offenlegungen.

..

Zur Beurkundung

Die Vorsitzende:
gez. Heute-Bluhm

Urkundspersonen:
gez. Hirt / Matt

Schriftführer:
gez. Funk